INFORMATIONEN ÜBER DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN VEREINBARUNGEN

(Art. 13 der EU-Verordnung vom 27. April 2016 Nr. 679)

1. Verantwortlicher der Verarbeitung und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher der Verarbeitung ist Autostrada del Brennero S.p.A. mit Sitz in via Berlino 10, 38121 Trient. Der Datenschutzbeauftragte (DPO) ist für seine Funktionen am Sitz des Verantwortlichen domiziliert und unter folgenden Kontaktdaten erreichbar: Tel. 0461.212611 - Fax 0461.234976 – E-Mail: privacy@autobrennero.it.

Autostrada del Brennero S.p.A. informiert als Verantwortlicher der Verarbeitung darüber, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten auf den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, der Verarbeitung nach Treu und Glauben, der Transparenz, der Zweckbindung, der Speicherbegrenzung, der Datenminimierung, der Richtigkeit, der Integrität und der Vertraulichkeit beruht. Gemäß den Artikeln 12 ff. der EU-Verordnung vom 27. April 2016, Nr. 679 (Datenschutz-Grundverordnung, im Folgenden auch DSGVO) und den geltenden italienischen Rechtsvorschriften wird darüber informiert, dass die personenbezogenen Daten wie folgt verarbeitet werden.

2. Zwecke der Verarbeitung

Die personenbezogenen Daten der Vertragspartner oder der Vertreter, Organe, Angestellten und Mitarbeiter der Vertragspartner können für Zwecke verarbeitet werden, die der Erfüllung der aus der Vereinbarung resultierenden Verpflichtungen dienen, zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen (insbesondere Buchführungs- und Steuerpflichten) sowie zum Schutz von Rechten aus der Vereinbarung oder von Rechten Dritter, die durch die geltende Gesetzgebung vorgesehen sind.

3. Rechtsgrundlage und Bereitstellung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten kann auf folgenden Rechtsgrundlagen beruhen:

a) Notwendigkeit der Verarbeitung für den Abschluss der Vereinbarung (Art. 13 Abs. 2 Buchst. e) DSGVO) bzw. die Erfüllung der Vereinbarung oder vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Antrag der betroffenen Person erfolgen (Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO);

b) Notwendigkeit der Verarbeitung zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen, denen der Verantwortliche unterliegt (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO);

c) Notwendigkeit der Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) DSGVO);

d) Notwendigkeit der Verarbeitung zur Wahrung des berechtigten Interesses des Verantwortlichen oder eines Dritten (Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) DSGVO).

Die Bereitstellung der angeforderten personenbezogenen Daten ist für die vorgenannten Zwecke erforderlich. Die Nichtbereitstellung oder teilweise Bereitstellung der angeforderten personenbezogenen Daten führt dazu, dass die Vereinbarung nicht abgeschlossen werden kann oder die Bestimmungen der geltenden Gesetzgebung nicht erfüllt werden können (Art. 13 Abs. 2 Buchst. e) DSGVO).

4. Aufbewahrung der Daten

Die personenbezogenen Daten werden vom Verantwortlichen so lange aufbewahrt, wie es im Hinblick auf die Zwecke, für die sie erhoben wurden, erforderlich oder zulässig ist.

Die Kriterien zur Bestimmung der Aufbewahrungsfristen basieren auf:

- der Laufzeit der Vereinbarung;

- den für den Verantwortlichen geltenden gesetzlichen Verpflichtungen, insbesondere im Steuer- und Abgabenbereich;
- der Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit der Aufbewahrung zur Wahrung des berechtigten Interesses des Verantwortlichen, wie z.B. der gerichtlichen Durchsetzung seiner Rechte;
- allgemeinen Bestimmungen über die Verjährung von Rechten.

5. Modalitäten der Verarbeitung und Empfänger der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten werden in Papierform, computergestützt und elektronisch unter Einhaltung der Sicherheitsvorschriften der geltenden Gesetzgebung und/oder interner Reglements durch beauftragtes Personal verarbeitet, das entsprechend geschult wurde und unter der Leitung und Verantwortung des Verantwortlichen tätig ist. Die personenbezogenen Daten können zudem von Dritten verarbeitet werden, die gegebenenfalls als Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 der Verordnung benannt wurden und unterstützende Dienstleistungen erbringen, darunter Kommunikationsdienste, E-Mail, Postzustellung, technische IT-Dienste, Transportunternehmen, Banken und Kreditinstitute, Inkassounternehmen, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen, Versicherungsgesellschaften und andere Dienstleister im Zusammenhang mit den vorgenannten Zwecken. Diesen Personen werden nur die für die Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben unbedingt erforderlichen Daten übermittelt. Die aktuelle Liste aller Empfänger und Auftragsverarbeiter liegt am Sitz des Verantwortlichen auf.

Die personenbezogenen Daten können ohne Einwilligung der betroffenen Person an öffentliche oder private Stellen übermittelt werden, die nach geltendem Recht verpflichtet sind, diese zu kennen, oder dies tun dürfen, sowie an Personen, die das Zugangsrecht gemäß Gesetz Nr. 241/1990 und Gesetzesdekret Nr. 33/2013 besitzen. Ebenso werden die Daten unter Einhaltung des Verhältnismäßigkeitsprinzips ausschließlich zur Erfüllung der Veröffentlichungsverpflichtungen verbreitet, die durch die geltende Gesetzgebung zur transparenten Verwaltung vorgeschrieben sind.

Die Daten werden nicht in ein drittes außereuropäisches Land übermittelt, außerhalb der oben genannten Fälle weitergegeben oder verbreitet, noch automatisierten Entscheidungsfindungsprozessen einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO unterzogen.

6. Rechte der betroffenen Person

Die betroffene Person kann jederzeit die im KAPITEL III der Datenschutz-Grundverordnung vorgesehenen Rechte ausüben. Insbesondere hat die betroffene Person das Recht, vom Verantwortlichen Auskunft über die sie betreffenden Daten, deren Berichtigung oder Löschung, die Vervollständigung unvollständiger Daten und die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen; die Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten; der Verwendung der Daten ganz oder teilweise zu widersprechen. Diese Rechte können durch ein Schreiben per Post an den Datenschutzbeauftragten (DPO) ausgeübt werden, der für seine Funktionen am Sitz des Verantwortlichen domiziliert ist.

Darüber hinaus hat die betroffene Person gemäß Art. 77 der EU-Verordnung 2016/679 das Recht, eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde einzureichen, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung gegen die genannte Verordnung verstößt.